

Merkelburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend, Ortsbezug halbm. GM. 1.10. Postbez. monatl. 15 Pf., Sonnabends 25 Pf., Postkontok.: Zeit Bezugs Nr. 16 654. Verkaufsstelle: Pöhlstraße 7, Zentralische Buchhandlung 38. Für unerbettete Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle d. Ver. (Streik u. a.) besetzt H. Zimpf, a. D. Leiter, od. Rückgrat.



Anzeigenpreis Für den durchschnittlichen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpf., für Chiffreanzeigen und Nachmeldungen 21 Goldpf., Nachschlag. — Bei Umrundung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs der Zahlungstage maßgeblich. Familienanzeigen werden gesondert. — Rabatt nach Tarif. — Tagesvorsicht ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 155

Freitag, den 4. Juli 1924

164. Jahrgang

Die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens.

Tageschronik

Die Ministerpräsidenten sämtlicher Staaten Deutschlands verhandeln gegenwärtig beim Reichskanzler über die Sachverständigen-Gutachten und die Londoner Konferenz.

In Paris ist noch keine Einladung zur Konferenz eingegangen.

Dem Reichstagspräsidenten Waltraut ist die Rückkehr in das deutsche Gebiet verweigert.

Es sind an 50 Mann bestehende Radfahrerabteilung mit 2 Offizieren in die deutsche Grenzschutztruppe eingetriben.

Bei Wladivostok kam es zu einem neuen italienisch-jugoslawischen Grenzstreitigkeiten.

Der berühmte japanische Staatsmann Prinz Matsumata ist gestorben.

Die deutsche Regierung fördert die Arbeiten der Ausschüsse.

Berlin, 3. Juli. Der „Petit Parisien“ behauptet, daß die deutsche Regierung im Gegensatz zur französischen Regierung sich nicht genügend bemüht, die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens in kürzester Zeit zu erreichen. Insbesondere äußert sie noch immer damit, die Gesetze vor dem Reichstage zu bringen. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Die deutsche Regierung

hat von Anfang an alles getan, um die schnelle Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu fördern. Sie hat nicht nur die deutschen Vertreter in den drei Organisationskomitees angewiesen, auf eine mögliche Beschleunigung zu bringen — demgemäß haben auch die deutschen Komiteevertreter sofort nach ihrer Ernennung die Initiative bei den alliierten Vertretern ergriffen, um das schnelle Zusammenarbeiten der Komitees zu veranlassen — sondern sie hat auch bei den alliierten Regierungen durch ihre diplomatischen Vertretungen schon im Anfang Mai darauf hingewirkt, daß die Komitees sofort konstituiert werden und ihre Arbeiten möglichst beschleunigen. Die Reichsregierung hat seitdem jede Gelegenheit benützt, um die beteiligten alliierten Regierungen auf die Notwendigkeit eines schnellen Abchlusses der Vorarbeiten der drei Organisationskomitees hinzuwirken, da die deutschen Gesetze auf Grund der Arbeiten der Organisationskomitees endgültig fertiggestellt und dann den deutschen Gesetzgebungsorganen vorgelegt werden könnten. Die schriftlichen Unterlagen und Entwürfe für die Arbeiten der Komitees sind von deutscher Seite schon fertiggestellt gewesen, bevor die Komitees zur ersten Sitzung zusammengetreten sind. Die alliierten Mitglieder des Eisenbahnamitees und des Goldnotenbankamitees haben auch wiederholt anerkannt, daß von deutscher Seite alles geschehen ist, was zur Beschleunigung der Vorarbeiten zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens erforderlich ist. Ueber den Stand der Arbeiten der drei Organisationskomitees folgendes:

Das Goldnotenbankamitee

tritt noch Ende der Woche zu einer letzten Sitzung zusammen, sodann angenommen werden kann, daß die verhandelten Gesegentwürfe, die sich auf Errichtung der Goldnotenbank beziehen, nämlich die Entwürfe für das Goldnotenbankgesetz, das Bankstatut, das Notenbankgesetz und das Münzgesetz in der nächsten Woche fertiggestellt werden.

Das Eisenbahnamitee

beendet heute seine zweite Sitzung und tritt am 10. Juli zu der dritten Sitzung in London zusammen. Die dritte Sitzung wird voraussichtlich bis zum fünften Tage in Anbruch nehmen, so daß mit der Fertigstellung der auf die Reichsbahn bezüglichen Gesetze in dem Eisenbahnamitee schon vor dem 15. Juli nicht gerechnet werden kann. Wann das Interkontinentalamitee seine Arbeiten beenden wird, läßt sich zur Zeit überhaupt nicht übersehen. Das Komitee ist wegen der Haltung des bisherigen französischen Vertreters in dem Komitee in den Grundgedanken der Angelegenheit noch nicht zu einer Einigung gekommen. Das weitere Tempo der Arbeiten in diesem Komitee wird davon abhängen, welche Haltung das nach dem Ministerrat des französischen Vertreters neuernannte französische Mitglied einnehmen wird und welchen Einfluß die Ernennung eines neutralen fünften Mitgliedes auf die Verhandlungen haben wird. Derzeit sind die Gesetze dem Reichstage vorgelegt worden können, hängt also gewissermaßen von der Entscheidung der Reichsregierung, sondern von den Organisationskomitees ab. Die Reichsregierung hat den dringenden Wunsch, daß die Komitees ihre Arbeiten so schnell wie möglich zu Ende führen. Sie wird wie bisher auch weiterhin zur Erreichung dieses Zieles die Komitees mit allen Mitteln unterstützen.

Die Ministerpräsidenten der Länder beim Reichskanzler.

Berlin, 4. Juli. Am Donnerstag vormittag zehn Uhr begann in der Reichskanzlei eine Konferenz der Reichsregierung mit sämtlichen Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder zur Beratung der gegenwärtigen Angelegenheiten. Die Beratungen drehten sich in der Hauptsache um das Sachverständigen-Gutachten und die bevorstehende Londoner Konferenz. Ueber die gestrige Konferenz der Ministerpräsidenten wird folgendes amtliches Communiqué vom 3. Juli herausgegeben: Die Reichsregierung beriet heute in eingehenden Erörterungen mit den

Staats- und Ministerpräsidenten der Länder die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens. Mit Ausnahme des Vertreters von Baden-Baden-Schwarzwald erkannten alle übrigen der Reichsregierung trotz ihrer verschiedenen Bedenken, man müsse in dem Gutachten enthaltene Forderungen erneut das Vorhaben der Reichsregierung die baldige Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu erreichen, als richtig an.

Noch keine schriftliche Einladung in Paris.

Paris, 4. Juli. Das Ministerium des Auswärtigen verweigert nachstehendes Element: Die französische Regierung hat am 30. Juni noch keinerlei schriftliche Einladung von der britischen Regierung erhalten. Alle Mitteilungen, welche die Einladung betreffend, müßten daher als verfehlt und tendenziös angesehen werden. Dieses Element gilt einer aus englischen Kreisen kommenden Nachricht, die gestern früh vom „Echo de Paris“ abgedruckt wurde.

Wann wird Deutschland zugesogen?

Paris, 3. Juli. (Paris.) Ministerpräsident Herriot hat gestern den englischen Vorkämpfer Lord Cromwell empfangen. Der französische Ministerpräsident und der englische Vorkämpfer haben gemeinsam verschiedene Fragen erörtert, die die Vorbereitung der Londoner Konferenz betreffen. Bei dieser Gelegenheit soll dem „Petit Parisien“ zufolge auch ein Meinungsäußer über die letzte deutsche Note, betreffend die Militärkontrolle, stattgefunden haben.

Einigkeit über die Erwidierung.

Paris, 3. Juli. Die Vorkämpferkonferenz trat heute vormittag unter dem Vorsitz Gambons am Duval-Drian zu einer Sitzung zusammen, in der sie den Bericht des interalliierten Militärkomitees über die Militärkontrolle in Deutschland zur Kenntnis nahm. Es ergab sich, daß die Mitglieder unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierungen über die alliierten Maßnahmen der Antwortnote, welche die Vorkämpferkonferenz auf die deutsche Note vom 30. Juni an die deutsche Regierung senden wird, einig sind.

Die Separatisten wieder in Tätigkeit.

Presfeld, 4. Juli. Auch hier rühren sich die Separatisten wieder. Es wird berichtet, daß sie tagtäglich in verschiedenen Wäldern der Stadt Zusammenkünfte abhalten. Alle Führer, die im vergangenen Jahre nach dem Zusammenbruch der Freiwirtschaft Separatistenführer des Bais wurden, sind wieder nach und nach auf der Höhe der Ereignisse, auch der Bezirkskommandeure, der ehemalige Polizeibeamte Raßaßa ist wieder da und bei der Arbeit.

Die Franzosen beschlagnahmen Gezentafeln.

München, 3. Juli. Gestern wurde von der Polizei die im Gymnasium angebrachten Gezentafeln, auf denen die Namen der im Weltkrieg gefallenen früheren Schüler und Lehrer verzeichnet sind, beschlagnahmt. Die Ablieferung mußte heute morgen 8 Uhr erfolgen.

Reichspräsident Waltraut bleibt vertrieben.

Berlin, 3. Juli. Die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt, gehört zu den aus dem besetzten Gebiet ausgewanderten Deutschen, denen die „Globe“ Herriots die Rückkehrlaubnis verweigert, auch der deutsche Reichstagspräsident Staatsminister Waltraut.

Ein kommunistischer Handreich.

Hinsburg, 3. Juli. Eine gewaltsame Verletzung eines kommunistischen Wirtes wurde Mittwoch nachmittag hier festgestellt. Der Wirt Weber war von Essen her aus der Haft durch einen Polizeibeamten nach Hamborn zu einem Termin gebracht worden, und sollte nachmittags wieder nach Essen zurückgebracht werden. Auf der Fahrt mit der Kreis Halbrüter Straßenbahn wurde an der Reumühlenbrücke von mehreren im Inneren des Wagens befindlichen Männern die Tür zur Vorderplattform aufgeschlossen, auf der sich der Beamte mit dem Gefangenen befand. Der Arbeiter Ernst Detering gab auf den Beamten mehrere Bißstöße. Der Gefangene entwich und auch Detering flüchtete, nachdem ihm vorher zwischen dem schwerverletzten Beamten und dem Angreifer ein regelrechtes Feuergefecht entwidelt hatte. Später konnte Weber wieder aufgegriffen werden und auch Detering festgenommen werden.

Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Reudenburg, 4. Juli. Auf dem Parteitag der Nationalsozialistischen Freiheitspartei ist es hier, wie die „Reutlinger Dämmerung“ meldet, zu erheblichen Zusammenstößen mit Kommunisten gekommen.

Fischisches Militär auf jählichem Gebiet.

Klingenthal, 3. Juli. Während der ab 1. Juli an der jählich-böhmisches Grenzschutztruppe befindlichen Wanderversuche eine aus ca. 50 Mann bestehende Radfahrerabteilung mit zwei Offizieren den vom Klingenthaler Jolant nach den Drei Rain-Steinen abführenden Weg, der große Strecken über jähliches Gebiet führt. Diese Aufgabe ist von den Zollbehörden freigestellt worden und erfolgt begründeterweise in der jählichen Grenzbevölkerung Beunruhigung.

Todesstrafe für die Großmörder.

Stettin, 3. Juli. Zum Stettiner Grafsprecher erklärte die Vertreter der Staatsanwaltschaft es als durch die Stettiner Verhandlung unabweislich bewiesen, daß nicht die von den

Die Londoner Konferenz.

Die Vorbereitung zur großen interalliierten Konferenz in London haben sowohl in London selbst, als auch in Paris begonnen. Und auch in Berlin regnet man mit einer durch eine vorangehenden Fällungnahme ziemlich begründeten Eile, damit, in tragender einer Form mit von der Partei zu sein. Herr Herriot hat die Persönlichkeiten um sich verlammt, die in der Reparationsfrage tonangebend sind, darunter vor allem die Herren Barthou und Poincaré von der Reparationskommission und Barthelemy, den französischen Delegierten bei den Sachverständigenberatungen. Diese Besprechung diente dem Zweck, einen Plan zur schnelleren Durchführung der Durchführung des Expertenplanes auszuarbeiten und die Wünsche festzusetzen, die von französischer Seite auf der Konferenz vertreten werden sollen, und die trotz der freundlichen Ansprache in Chequers doch wohl nicht in allen Punkten die volle Zustimmung der englischen Regierung finden. Die Besprechung wird es schon ein bestimmtes Licht auf die Schwierigkeiten, die bei dieser Konferenz aufzutreten drohen, daß der französische Vertreter bei dem Ausbruch für die Industrieobligationen ganz plötzlich seinen Rücktritt genommen hat. Die Gründe dieses Schrittes sind nicht genau bekannt, doch ist anzunehmen, daß sie in den bekannten Differenzen in der Frage der Industrieobligationen beruhen, über die immer noch keine Einigung erzielt ist. Dagegen dürfen die Arbeiten des Organisationsauschusses für die Goldnotenbank bereits abgeschlossen sein und die Verhandlungen des Eisenbahnamitees für so möglich gemacht haben. Es ist nicht recht ersichtlich, wie es möglich gemacht werden soll, daß auf dieser Konferenz Deutschland bereits vom Reichstag gesellige Gesetzgebungsarbeiten. Ganz abgesehen davon, daß dem deutschen Reichstag keine Vorlage zugehen kann, ehe nicht in diesen Sachverständigenausschüssen die Beratungen abgeschlossen sind, wird man es vom deutschen Parlament nicht verlangen können, daß es bereit wichtige und in die Zukunft Deutschlands tief einschneidende Gesetze durchspricht und zwar in einer Zeit, die sich noch kaum eine ständige Leitlinie der Vorlagen erlaubt. Verlangt man das vom deutschen Reichstag doch, so bringt man nur einen neuen Beweis dafür, daß es den Alliierten garnicht ernsthaft auf eine Verständigung ankommt, sondern daß sie ihre alte Diktatorrolle weiter spielen wollen. Es liegt durchaus zu befürchten, daß sich im Verlaufe der Londoner Konferenz solche Beweise noch mehr werden. Es ist doch nicht einmal sicher, daß man Deutschland in der Paris des ehemaligen Kaufmanns von Barmen und Stresemann haben jedenfalls noch durchaus ungepakt da, und eine Einladung ist in Berlin noch nicht eingetroffen. Es hat vielmehr den Anschein, als würde man sich damit begnügen, wieder einmal deutsche Vertreter vor sich zu führen, um dann nachher einfach zu bestimmen, wie das Sachverständigengutachten ausgelegt werden soll und durchzuführen ist. Das hier ganz außerordentlich schwere Geschäft haben lauzen, dürfte auch dem Minister Mary-Stresemann klar sein, wenn es auch in seiner Wahlpropaganda und im innerpolitischen Kampf sorglich vermindert, diese Unruhen seiner Politik auch nur zu beruhigen. Mit der Konferenz von London beginnt also die entscheidende Phase in der Geschichte des deutschen Volkes am Ende der gestrigen Minderheitsregierung die ganze Verantwortung für die von ihr geführte unentwegte Erfüllungspolitik zu tragen haben wird. Man kann es sich nicht vorstellen, daß sie jetzt in letzter Stunde sich nicht danach aussieht, noch Zeit haben für diese Verantwortung zu finden; aber diese Zeit hat sich wohl unerschütterlich bleiben, da solche Notfälle keinerlei praktischen Einfluß mehr auf die Gestaltung der politischen Entwicklung ausüben können. Sie würde sogar aller Voraussicht nach der deutschen Sache und selbst der Politik dieses Kabinetts zum Schaden gereichen, da dann für die Gegenstände keinerlei Bemerkung mehr bestehen würden, auf der Londoner Konferenz Deutschland ein Minimalprogramm aufzulegen, gegen das es sich nicht einmal mehr durch die Demonstration einer Regierungserklärung und eines betonten Übergangs zu einem neuen politischen Kurs zu wehren vermöchte.

Begleitet von Beamten, sondern die Stettiner Angeklagten des Mordes an dem belgischen Leutnant Graf Hubold sind. Generalsstaatsanwalt Seltzschug beantragte gegen die Angeklagten Kraws, Engler und Schwirer die Todesstrafe. Von der Überzeugung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragte er abzuweisen.

Ein neuer italienisch-jugoslawischer Grenzstreifenfall.

Wien, 4. Juli. Nach Berichten aus Wladivostok kam es zu neuen Grenzstreitigkeiten zwischen italienischen und jugoslawischen Grenztruppen. Die Italiener überschritten die Grenze und überließen die aus zwei Dörfern bestehende jugoslawische Grenzwaide bei der sich auch ein Student befand, der eine Alpenpartei unternehmen hatte. Die Italiener schlugen auf die Grenzwaide ein. Die zwei Beamten wurden getötet und der Student schwer verletzt.



Am 24. Juni verschied an den Folgen einer Operation, von der er Heilung seines Leidens erhoffte, unser innigstgeliebter, gütiger Vater und Schwiegervater, Herr

Paul Dittmer

Oberregierungsrat a. D., Ritter hoher Orden

im 68. Lebensjahre.

In tiefer Trauer zugleich im Namen aller Hinterbliebenen:
Ursula Brendler, geb. Dittmer
Walter Brendler.

Reichenau (Sachsen), Juni 1924.

Die Beisetzung fand am 29. Juni in Dorum, (Bez. Bremen) in aller Stille statt.

Kaffeehaus Meulshau

Sonntag, d. 6. Juli
vormittags 9 Uhr:
Eröffnung
der doppelten
Asphalt-Regelbahn!

(Nach der Bundesvorschrift gebaut)
Wertvolle Ehrenpreise!

U. a.: Fahrrad, Eifelrad, Regulator, Dampfmotor usw.
15 Preise! **15 Preise!**
Dazu ladet freundlichst ein
W. Julius.

SIL

Das prachtvollste Schneeweiß
wagt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebrauchbar, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 6. Juli 1924 (3. nach Trinitatis).
Gesammelt wird eine Kollekte für das Magdalenen-Hilf-Jahr.

Dom. Vorm. 10 Uhr: Pastor Wuttke. — 11 Uhr: Kinder Gottesdienst. Donnerstags, abends 7/8 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Pastor Wuttke.

Jungfrauen-Verein d. Vaterl. Frauen-Vereins (Schnierstraße 1).
Sonntag, abends 7/8 Uhr: Besprechung.

Christl. Verein junger Männer (Schnierstr. 1).
Sonntag und Dienstag, 8 Uhr: Versammlung.

Christliche Gemeinschaft (L. d. L.)
Freitag, Sonnabend, abends 8 Uhr, Sonntag, nachm. 4 Uhr und abds 8 Uhr: Soziale Missionen.

Stadl. Vorm. 10 Uhr: Missionsgottesdienst (100-jähr. Jubiläum der Berliner Mission) Pastor Klein. — Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 7/8 Uhr: Versammlung a. d. Geisel 5. — Montag, abends 8 Uhr: Bibelstunde. Pastor Angermann.

Evang. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abends 8 Uhr: Chorabend an der Geisel 5. — Donnerstag, abends 8 Uhr: Versammlung an der Geisel 5. Pastor Klein.

Wienberg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Krugenstein. Am Anschluss Besuche und heiliges Abendmahl.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Volt. — Sonntag, abends 8 Uhr: Konfirmierten Töchter im Pfarrhaus.

Evangelische Kirchengemeinde Neu-Rüssen.
Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pastor Schumann. — Sonntag, abends 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt. — Montag, abends 8 Uhr: Kirchenchor. Pastor Jensch. — Mittwoch, nachm. 5 Uhr: Choralstunde in der Kirche. Pastor Jensch. — Abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Siedlungsschule. Pastor Jensch.

Katholische Gemeinden.
Sonnabend: Beichtgelegenheit. — Sonntag 7 Uhr: Frühmesse in Predigt; 9:30 Uhr: Hochamt mit Predigt; 8 Uhr: Andacht.

Neurüssen. Sonnabend von 6 Uhr an: Beichtgelegenheit. — Sonntag 7 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 9:30 Uhr: Hochamt mit Predigt; 2:30 Uhr: Andacht.

Geiseltal.
Sonntag, abends 8 Uhr: Gottesdienst in Predigt. — Montag, abends 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt. — Dienstag, 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Gelegenheitskauf

Leichtmotorrad

Marte Schüler, 1,5 PS, guter Käufer, Preis 150 G.-M. sowie ein 3,5 Mars-Motorrad mit Seerlauf und 1 Gang. Ein fast neues Damenrad u. gebrauchte Herrenräder billig zu verkaufen.

Motor-Fahrrad-Werkstatt Neumarkt 52
Reelle Bedienung wird zugesichert.

Vom 7. bis 12. d. Mts. gewähre ich bei
Vareinkäufen
10% Rabatt
auf sämtliche Haus- und Küchengeräte.
Eduard Dreßke walter Dreßke
Inhaber:
Fernspr. 629 Gotthardstraße 17 Fernspr. 629

Neues Heu und Hafer

zu kaufen gesucht
Leipziger Westendbaugesellschaft
Leipzig-Lindenau, Lägerstr. 164. Fernspr. 43 187

Altes Linoleum (Patentamt. geschützt)
neuer, durch „Chaze“ Linoleum- und Gel-Vohner-Wachs. Alleinvertrieb für Merseburg, Spezial Linoleum-Verlege-Geschäft

May Otten, Gr. Girtelstraße 15

Zum Kinderfest!
Wadenstücken, beste Ausführung, Gr. 1 98 Pf., jede W. Gr. 8 Pf. mehr.
Kinderportjaken . . . Gr. 1 650 M.
Kinderportjaken, echt Kübler, Gr. 1 975 M.
und sämtliche Kindertricotagen.
Ferner für Mädchen: Hemden, Sohlen, Prinzessröcke, Leibchen, Strümpfe, Paarschleifen
Für Knaben: Hemden, Schillerhemden und -tragen, Sportgürtel, Hosenträger, Strümpfe.

Geschäftsprinzip: Preiswert und gut!

Matrosenträger, Kleidchen, Spielanzüge, Mützen
Delagrué Nr. 29, Begründet 1828.

WANZEN vernichtet radikal
Motten, Schwaben, Mäuse usw. die übrigen Niccoppräparate.
Central-Drog. R. Kupper, Markt 17.

Garbenbinder, Rheinmetall (Krupp-Fabrikat) einchl. Fracht ab Lager . . . 1050 G.-M.
Grasmäher einchl. Fracht ab Lager . . . 270 G.-M.
Saferquetschen „Agraria“ (7 Zentner stündlich) einchl. Fracht ab Lager . . . 135 G.-M.
Zentrifugen (60 Liter stündlich) einchl. Fracht ab Lager . . . 80 G.-M. und bis 180 Liter stündlich einchl. Fracht ab Lager . . . 200 G.-M.
Pflüge, „Gustaf“ / Kultivatoren / Eggen Reparaturen sämtlicher Maschinen.
Schraeder, Bölsche, Rulandiplatz. Tel. Nr. 280.

Rote Rose und Lavendel
find die bewährtesten Haarwässer a. Flaße M. 2.50
Der Versand erfolgt franco per Nachnahme.
Parfümeriehandhaus Johannes Schubert,
Kalle a. S., Oleariusstraße 12.

Buchschlagblätter
für die Schreibmaschine jedes Quantum preiswert zu haben im
Merseburger Saaleblatt (Kreisblatt)

LADEN
neu mit Wohnung zu mieten gesucht, es kann auch in kleiner Stadt sein. Off. u. N. 20 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Beamtenlocher
29 J., 1,57 m., klein f. wirtlich, ev. in Bekanntheit e. bes. Hrn. entspr. Alt., am lieb. Heirat. Da sehr kinderl. Wm. m. K. angeh. Ernstg. Offert. u. F. G. 425 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
für sofort gesucht. Ang. unt. M. 50 a. d. Exp. d. Bl. erbeten.

1-2 leere od. möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Gest. Ang. unt. M. 20 an die Filiale Gotthardstr. 38.

Leistungsfähige Fabrik
Mitteldeutschlands sucht
für ihre Sonderzeugnisse
Eis- u. Kühl-
Maschinen u. Anlagen
geeigneten
Vertreter
der in den als Abnehmer in Betracht kommenden Kreisen gut eingeführt und bekannt ist. Angebote unter W. 2500 an die Expedition dieser Zeitschrift erbeten.

Der diesjährige grosse
Saison-fusverkauf
welcher bis 8. Juli andauert, bietet in allen Abteilungen durch seine gewaltige Preisermäßigung und sonstige Rabattvergütung
eine unerreicht billige Kaufgelegenheit
Besonders tief herabgesetzt sind:
Damenhüte, Damen-Mäntel, -Kleider, -Blusen, -Röcke, Kinderkleider, Knaben-Waschanzüge sowie alle Hochsommer-Artikel.
Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 8.
Beachten Sie die Auslagen!

Das J...
Die 2...
hat sich...
Frage...
Arbeits...
sich...
land...
betrach...
verreite...
in Deu...
des Arb...
an dem...
spezif...
Seiten...
Gemein...
werde...
fa n d...
durch...
auch...
eingut...
Neben...
von...
die a...
gelebe...
die den...
erst...
viel...
die fr...
hinweis...
an Acht...
hat Fran...
sch...
erford...
die einz...
Gemein...
Reise...
Lande...
Leder...
vielfält...
andere...
nangen...
gesetzl...
Kriegs...
betrug...
der Par...
Grauer...
Arbeits...
erfahre...
nicht...
selber...
gele...
f...
kommt...
Der fra...
studen...
nicht...
Hofst...
Hesse...
werden...
nicht...
einige...
Arbeiter...
über...
Zust...
deutsche

14] „Ba...
nung...
Das...
voller...
„So...
entfich...
ich ge...
deren...
mit...
„Sie...
an Fr...
brüder...
frei...
berge...
näher...
weg...
tiefer...
haben...
nicht...
„Ela...
und...
Liebes...
in...
„Be...
An...
würdi...
gezw...
mit...
ich...
Juni...
sehr...
„Ni...
ründe...
daran...
ich...
„Ela...
begiff...
worde

Hüter des Achtstundentages.

Das Internationale Arbeitsamt für den 8-Stundentag in Deutschland.

Die Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat sich nach den Beratungen eingehend mit der Frage des Achtstundentages und natürlich auch mit der Arbeitszeitsfrage in Deutschland beschäftigt. Der französische Arbeitsminister hat ausdrücklich erklärt, daß die französische Regierung die Frage des Achtstundentages in Deutschland nicht unter dem Gesichtspunkt der Reparationsfrage betrachten könne. Die von dem französischen Arbeitgebervertreter Binot geäußerte Ansicht, wonach die Mehrarbeit in Deutschland für Reparationen nötig sei, sei eine Sprache des Arbeitgebers gewesen, während die französische Regierung an dem Achtstundentag festhalte. Nicht nur in diesem speziellen Fall, sondern ganz allgemein wird von vielen Seiten des Auslandes, leider aber auch von den deutschen Gewerkschaften die Behauptung aufgestellt, in Deutschland werde der Achtstundentag abgeschafft, während das Ausland vorläufig noch wie vor an ihm festhalte und erst durch das deutsche Vorgehen gewonnen werden könnte, auch seinerseits in eine Revision der gesetzlichen Regelung eintritt.

Hierbei wird von den deutschen Gewerkschaften und auch von ausländischen Stellen im Ausland übersehen, daß die ausländischen Gesetze über die Arbeitszeit, abgesehen davon, daß sie wesentlich später entstanden sind wie die deutsche Regelung vom November 1918, nämlich meist erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919, durchnur eine viel elastischer Regelung und Handhabung zulassen, als die frühere deutsche Verordnung. Es verdient gerade der Hinweis des französischen Arbeitsministers, Frankreich hätte an Achtstundentag fest, näher betrachtet zu werden. Genf hat Frankreich durch Gesetz vom 23. April 1919 den Grundgesetz des Achtstundentages festgelegt. Dieses Rahmengesetz erfordert aber noch besondere Einzelbestimmungen für die einzelnen Gewerbegebiete, ehe der Grund in diesen Gewerben zur Durchführung kommt. Grund sind für eine Reihe von Industrien diese Normalarbeitsverordnungen im Laufe der Zeit erlassen, z. B. für die Metall-, Textil-, Lederindustrie, für Bekleidungs- und Mälerlei, für das Verbleibungs- und die Holzindustrie, für Groß- und Kleinhandel. Für andere, auch wichtige Industrien sind aber diese Bestimmungen noch nicht erlassen, für diese besteht also, wie meistens geschieht, der Achtstundentag noch nicht, sondern die Vorkriegsarbeitszeit; die, wie bei uns, eine 9-10 Stunden betrug. So stehen die Dinge u. a. z. B. im Baugewerbe, der Papier-, keramischen, chemischen Industrie und bei den Brauereien. Auch einer Verwirklichung des Internationalen Arbeitsamtes soll die Verordnung für das Holzgewerbe erlassen sein. Zeit steht also, daß für wesentliche Industrie nicht durchgeführt ist. Aber auch dort, wo das Gesetz bereits gilt, sind wesentliche Mehr Ausnahmen zugelassen wie in der alten deutschen Verordnung und wie die auch, wenn es zu keiner Tarifvertraglichen Regelung kommt, nach der jetzigen Arbeitszeitverordnung zulässig sind. Der französische Unternehmer hat die Möglichkeit, Arbeitsstunden, die ausgefallen sind, nach zu holen. Hierzu zählt nicht nur Ausfall durch höhere Gewalt infolge Kraftmangel, Rohstoffmangel usw., sondern auch die in Arbeitszeitgesetz und ähnliche Ereignisse. Diese nachgehollenen Stunden werden, auch wenn sie einen erheblichen Umfang haben, nicht etwa mit einem Zuschlag bezahlt. Weiter ist das Weichen der Maschinen, Anheben der Kessel und ähnliche Arbeiten außerhalb des Achtstundentages gestattet. Darüber hinaus sind für die einzelnen Gewerbe eine jährliche Zahl von Überstunden generell gestattet, die die frühere deutsche Regelung überhaupt nicht kannte, die jegliche nur

im Umfang von 30 Tagen. Die französische Regelung kennt aber diese Überstundenzulassung zwischen 60 und 200 Überstunden im Jahr, im Maschinenbetrieb dürfen sogar 260 Überstunden geleistet werden. Außerdem kann Mehrarbeit von den Behörden genehmigt werden unter anderen bestimmten Voraussetzungen. Auch die französischen Bestimmungen haben eine weit liberale Handhabung ihrer Arbeitszeitsbestimmungen wie Deutschland. Dienstpflichten mit wesentlicher Arbeitsbereitschaft gehen bis zu 12 und 15 Stunden. Um aber auch in anderen Fällen, wenn es nötig ist länger arbeiten zu lassen, sind für Fälle „ungewöhnlicher Arbeitshäufung“ generell 450 Überstunden im Jahr über die sonstige Gesamtdauer von 2504 Stunden bewilligt.

Soll man die deutsche und die französische Arbeitszeitregelung nebeneinander, so darf man auch heute ruhig behaupten, daß die Befristung der Arbeitszeit in Deutschland einen größeren Umfang erreicht und auch strenger durchgeführt wird, als in Frankreich. Es besteht also absolut kein Grund, aus wegen zu langer Arbeitszeit anzugehen.

Auch die übrigen europäischen Industrieänder haben keine wesentlich schärferen Arbeitszeitsbedingungen wie Deutschland. Fast in allen Fällen findet sich die generelle Erlaubnis für eine größere Anzahl von Überstunden, die zwischen 100 und 200 Jahresstunden schwanken. Fast überall sind ferner für gewisse Arbeitergruppen Verordnungen vorgelesen, sei es durch behördliche Dekrete, sei es durch behördliche Genehmigungen von privaten Abmachungen. In der Regelung dieser Einzelheiten geht z. B. das italienische Gesetz sehr in Einzelheiten, weniger das holländische, welches aber den Parteien eines Tarifvertrages wesentliche Möglichkeiten der Ausweitung des Gesetzes gibt, und zwar gerade, nachdem Holland durch sein erstes Gesetz von 1919 recht schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Daß übrigens die neue deutsche Arbeitszeitregelung ähnliche Wünsche im Ausland hervorgerufen würde, ist ebenfalls unrichtig. Dort sind diese Bestrebungen längst im Fluß. Holland hat bereits 1922 sein ursprüngliches Gesetz den wirtschaftlichen Notwendigkeiten mehr angepaßt und doch liegen neue Anträge vor. In der Schweiz ging seit Mitte 1923 der Kampf um die elastischere Gestaltung der Bestimmungen des Arbeitsgesetzes, der erst durch die Volksabstimmung im Februar teilweise unterbrochen wurde. Ferner werden gerade in Belgien, trotzdem die dortige Regelung sich der französischen nähert, seit Mitte vorigen Jahres heftige Kämpfe im Parlament um eine Lockerung im Sinne einer wirtschaftlichen Handhabung geführt.

Der deutsche Zustand kann sich also mit den ausländischen Regelungen durchaus messen. Ganz abgesehen davon, daß weder die deutschen Gewerkschaften, noch einer der Angreifer aus dem Ausland irgend einen Weg gezeigt hätte, wie die selbst vom Ausland vielfach für untragbar gehaltenen Reparationsleistungen, die, wie selbst die Franzosen zugaben, nur durch Warenproduktion geleistet werden können, ohne Mehrarbeit aufzubringen sind in einem Lande, dessen Vorkriegsausfuhr darstellten müßte. Solange wie weder das aber noch mehr gesunken ist, dem Kapital in jeglicher Form fehlt, so aber zur Erfüllung der Reparationslasten eine Ausfuhr notwendig sein würde, die etwa das Doppelte der Vorkriegsausfuhr darstellten müßte. Solange, als weder das Ausland noch die deutschen Gewerkschaften hier keinen anderen Weg gefunden haben, sollte die deutsche Arbeitszeitregelung ruhiger und sachlicher beurteilt werden.

Die Niederhaltung Deutschlands.

So verhängen auch die Einstellung der beiden europäischen Hauptmächte, England und Frankreich, Deutschland gegenüber sein mag, in einem finstern Tag sich vollenden einig: Deutschland muß für alle Zukunft als Konkurrent vom Weltmarkt

verschwinden. Die Kosten, die der deutschen Industrie und der ganzen deutschen Wirtschaft auferlegt werden, müssen so groß sein, daß das Ausland stets einen Vorsprung behält. Es ändert daran nichts, daß der nervöse Franzose, dem die aus vergangenen Zeiten und dem bösen Gewissen flammende Furcht vor Deutschland auch jetzt noch nicht ganz aus den Knochen geschwunden ist, bei seinen praktischen Maßnahmen viel weiter gehen will, als der mit praktischem Wirklichkeitsinn ausgezeichnete Brite. Nur über die Wege, nicht aber das Ziel bestehen fest, nachdem durch das Dawesgesetz eine neue Verhandlungsgrundlage gefunden worden ist, zwischen beiden Ländern noch Meinungsverschiedenheiten.

Es handelt sich um die Frage: Genügt das Gutachten, um das gesteckte Ziel zu erreichen? Frankreich scheint offenbar die Frage zu verneinen. Der Widerstand, den auch die neue französische Regierung gegen die von den Sachverständigen gestellte Grundbedingung der Wiederherstellung der wässigen wirtschaftlichen und politischen Einheit leistet, sowie die Weigerung, die Miemverträge aufzugeben, liefern hierzu den deutlichen Beweis.

Bei den Miemverträgen tritt die Absicht, der Niederhaltung der deutschen Industrie klar zu Tage. Die Tatsache, daß die französischen Politiker die Absicht ausdrücklich bekräftigen, durch die Miemverträge die deutsche Produktion zu verteuern und die französische dadurch konkurrenzfähig zu machen, bestätigt nur obige Behauptung. Der Kohlenbergbau muß 27 Prozent der gefördertten Mengen, die unsere Wirtschaft so bitter notwendig braucht, an Frankreich, Belgien und Italien abliefern. Mit steigender Förderung steigt also auch die Abgabepflicht. Es besteht für den Bergbau keine Möglichkeit, durch Erhöhung der Produktionsleistung die Last erträglich zu gestalten. Die Kürzungen der deutschen Regierung aus dem Miemgebiet gefandt worden sind, um die Notwendigkeit des Weiterbestehens der Miemverträge zu erweisen, sprechen noch zum Überflus offen aus, daß die Verträge in erster Linie der Preisregulierung dienen und verhindern sollen, daß die deutsche Industrie der französischen irgendeine Schwermacht in macht. Der sich mehrfach wiederholende Hinweis, daß auch England das größte Interesse an der Aufrechterhaltung des Miemsystems hat, ist dabei bezeichnend.

Im Sachverständigen-Gutachten tritt die Absicht allerdings nicht so offen zu Tage, doch kann sie dem aufmerksamen Leser auch hier nicht entgehen. Vor allem in dem Berichte über die Eisenbahn, die ja mit ihrer Tarifpolitik großen Einfluß auf die Preisgestaltung der deutschen Produkte hat, ist sie in mehreren Stellen klar ersichtlich. Schon die Forderung, daß die Eisenbahn nur noch als rein gewinnbringendes Unternehmen ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes betrieben werden muß, ist unter diesen Gesichtswinkel zu betrachten. Kritiken, wie „die Tarife sind zu niedrig gehalten worden mit der Absicht, Industrie und Handel zu fördern und besonders den deutschen Export zu begünstigen“ oder „wir haben erfahren, daß für die Einfuhr von Rohstoffen sowie für die Ausfuhr von deutschen Gütern in ausgedehnter Maße Ausnahmestarife eingeführt worden sind“ zeigen die Furcht vor deutscher Konkurrenz und die Absicht der Schwächung deutscher Interessen. Die Möglichkeit der Wirtschaftsregulierung soll uns daher auch an die gleiche Stelle genommen werden. Ein aus dänischer Kammer wird dafür sorgen, daß der Gemiddels, den unsere Eisenbahn mit ihrer Tarifpolitik der Produktion und dem Handel im eigenen Lande in Zukunft anlegt, immer wirksam genug ist.

Deutschlands Finanzlage.

Zu dem geführten Interview, das der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Vertreter des „Neuen Rotterdamschen Courant“ gegeben hat, und in dem der Reichsfinanzminister

Filmrausch.

Roman von Reinhold Drimann.

14) Nachdruck verboten.

„Was ich von Herzen bedauere. Wenn Sie der Meinung sein sollten, daß eine Entschuldigung am Platze sei.“

„Das muß ich Ihnen überlassen. Vielleicht wäre es ratsamer, davon Abstand zu nehmen.“

„So geflatten Sie mir wenigstens, mich bei Ihnen zu entschuldigen, Herr Direktor! Mein Wort darauf: wenn ich gekannt hätte, daß Fräulein Wolow sich Ihres besonderen Interesses erweut, würde ich Ihre älteren Bedenken mit größter Gewissenhaftigkeit respektiert haben.“

„Sie verlernen die Sachlage, Herr Direktor! Ich habe an Fräulein Wolow keine anderen Rechte als die eines brüderlichen Freundes und Beschützers. Sie ist vollkommen frei, ihr Herz nach eigenem Antriebe und Ermessen zu vergeben. Hätten Sie sich ihr mit ehelichen Absichten genähert — oder täten Sie es noch jetzt — so läge für mich nicht der mindeste Anlaß vor, Ihnen hindernd in den Weg zu treten. Ja, ich würde Ihnen dann vielleicht umso lieber zur Beilegung Ihrer kleinen Verlegenheit verholfen haben. Solche ernsthaften Absichten aber sind doch wohl nicht vorhanden.“

„Lassen wir nicht dumm. Er hatte keine Erfahrungen und keine Menschenkenntnis, wenigstens soweit es sich um Liebesangelegenheiten handelte. Stillschlief gepannt suchte er in Oswald Holbachs hübschem glattem Gesicht zu lesen.“

„Verzeihen Sie, wenn ich mich mißverständlich ausdrücke. An der Lauterkeit Ihrer Beziehungen zu meiner lebenswichtigen jungen Kollegin habe ich selbstverständlich nie gezweifelt. Aber ich bitte, auch mein Verhalten nicht zu mißdeuten. Wenn ich Fräulein Wolow erwatet ließ, daß sie Ihre sehr gutachten ist, so geschah es in der redlichsten Absicht von der Welt und in der Hoffnung, mich aus Ihrer Zuneigung zu gewinnen. Ihre abweichende Haltung hat mich sehr schmerzhaft betüßert.“

„Nun, man sagt Ihnen doch nach, daß solche Widersprüche Sie nicht schrecken. Säge Ihnen wirklich so viel daran, Eva Wolow's Gegenstände zu gewinnen, würden Sie sich dann nicht trauen, Ihr Ziel zu erreichen?“

„Lassen Sie bedürfte keiner weiteren Aufklärung. Er hatte begriffen, daß dem anderen keine Beschüßergewalt lästig geworden war, und daß er nach einer Möglichkeit suchte,

ihrer ledig zu werden. Nun schüßte er sich mit einemmal als Herr der Situation.

„Wenn ich darüber beruhigt sein dürfte, daß ich Ihnen nicht ins Gehege komme.“

„Ich würde nichts anderes als Fräulein Wolow's Glück. Von dem Augenblick an, wo sie in ein Verhältnis mit Ihnen willigt, dürfen Sie mich zu Ihren Freunden zählen.“

„In ein Verhältnis? Nun ja. — Das ist vorerst noch nicht in der Lage hin, daß ich zu verheiraten, darf ich Ihnen allerdings nicht verhehlen.“

„Eine Sorge um das, was nach der Verlobung geschehen oder nicht geschehen würde, kann ich natürlich nicht auf mich nehmen. Das sind Dinge, die Sie untereinander abzumachen hätten.“

„Ich sehe, daß wir uns verstehen. Nur eine Frage noch, Herr Direktor: liegt Ihnen sehr viel an einer Beschäftigung der Dinge?“

„Ich nehme an, daß vor allem Ihnen selbst damit gegent wäre. Die schätzbarste Mark, die Sie jetzt von mir verlangen, machen doch wohl kaum die Gesamtheit Ihrer Verbindlichkeiten aus.“

„Sie kennen das Leben“, lachte der Schauspieler. „Frau Fortuna ist ein sehr launenhaftes Frauentier, und wenn sie schmolzt, kann man beim Bakarat viel Geld loswerden. Jedenfalls werde ich von heute an alle Mühen spargen lassen. Aber Sie dürfen die Schwierigkeit meiner Aufgabe nicht unterschätzen. Die Abwechslung, die mir von Ihnen bisherigen Schicksal Urteil wurde, ließ an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig.“

„Sie dürfen nicht von mir erwarten, daß ich Ihnen Ratsschläge erteile. Ich selbst habe auf diesem Gebiete so gut wie gar keine Erfahrung. Ganz zufällig kommt mir nur eben eine Szene in den Sinn, die ich kürzlich auf dem Theater sah. Es handelt sich da um ein Mädchen, das mich mit eigenmächtiger Beschäftigung an einen Liebhaber klammerte, der nichts mehr von ihr wissen wollte, während ein anderer sich vergeblich bemühte, ihre Liebe zu gewinnen. Inlet verließ der Beschäftigte auf einen sehr geschickten Ausweg. Er wußte das Mädchen unter einem harmlosen Vorwand in seine Wohnung zu laden, und der Zufall fügte es, daß der andere gerade im richtigen Augenblick dort erschien, um ihm einen freundschaftlichen Besuch zu machen. Die gewünschte Lösung ergab sich damit ganz von selbst.“

„Ich war, wie gesagt, nur ein Theaterhäufig, und ich muß Ihnen damit nicht einen Fingerzeig gegeben haben. Wenn Sie sich Fräulein Wolow's Zuneigung auf andere Weise gewinnen können — umso besser für Sie und für das Mädchen.“

Er hatte es während seiner letzten Rede geflüstert bemerkt, den Schauspieler anzusehen, und er hatte einen Blick von Kassenanweisungen zu sich herangezogen und das obenauf liegende Formular mit bedächtigen Federzügen ausgefüllt.

Jetzt richt er es ab und schob es Daffon zu.

„Schätztaufend — bitte! — Ich hoffe, recht bald wieder von Ihnen zu hören.“

„Sie haben sich einen dankbaren Schuldner gemacht, hochverehrter Herr Direktor! Es wird mich eifrigstes Bestreben sein, mir in die Zukunft gestellte Freundschaft eifrig zu verdienen.“

„Herr Direktor Steiner!“ meldete in diesem Augenblick der Diener, und die Möglichkeit, den Schauspieler kurz zu verabschieden, schien Holbach nicht unwillkommen. Er reichte ihm ziemlich flüchtig die Hand und wandte sich dann um so lebhafter dem Eintretenden zu. Der hatte nur einen leichten Gruß mit Daffon gewechselt, und als die Polsteruhr hinter ihm zugefallen war, sagte er: „Ein unvergessener Besuch! Er fängt also auch schon an, Sie anzubereichern? Ich kann Ihnen nur empfehlen, schaffen Sie sich ihn beizeiten vom Halse.“

„Inbesehr, mein bester Herr Steiner! Ich weiß solche Schmarozer zu behandeln. Was gibt's Neues? Daß Sie mich um diese Stunde besuchen, hat sicherlich seinen besonderen Grund.“

„Wie gut Sie raten können! Jawohl, es gibt eine Neuigkeit, die nicht von schlechten Eltern ist. Im Fernsprecher konnte ich Ihnen das nicht erzählen. Die Universal-Filmkompanie trägt sich mit der Absicht, uns Ihren Anblick an unseren Konkurrenten anzubieten. In der DIRECTION gibt ein Vertrauensmann von mir — nebenbei bemerkt, ein ziemlich feilschender — von dem ich weiß, daß der Gedanke in der geführten Aufsichtsratsung sehr eingehend und ernsthaft erörtert worden ist. Meine Kritik in den Zeitungen und der Name Ihres Bankhauses wirken wie geäußerte Ärgernisse. Sie werden sehen, daß sie bald alle darauf kriechen. Selbstverständlich tun wir, als ob uns nichts daran läge. Und wir nehmen nur die ganz großen auf. Die Kleinen machen wir lieber tot. Das ist ja der Zweck der Übung.“

(Fortsetzung folgt.)

vor dem unbegründeten Optimismus in der Beurteilung der Reichsfinanzen warnte, werden jetzt vom Reichsfinanzministerium ergänzende Zahlenangaben gemacht, aus denen in der Tat eine starke und fortwährende Verminderung der Hilfsmittel zu ersehen ist. Die Befehle der Reichsfinanzverwaltung für die Reichsbauwerke liegen fast ausnahmslos zusammen: dem Konto der Rentenmarktschawwechsel, dem Silbermünzenkonto, demjenigen der Reichsdrucker und dem eigentlichen Kassensbestand. Der Gesamtbetrag am 23. Juni 450 Millionen, hat sich am 24. auf 442, am 25. auf 440, am 26. auf 416, am 27. auf 397, am 28. auf 389 und am 30. auf rund 300 Millionen Markt vermindert. Der Verminderungsmittel mit 16 und das Konto der Reichsdrucker mit 10 Millionen ist gleich geblieben. Der Kassensbestand hat sich auf 140 Millionen vermindert und der ganze übrige Verbrauch erstreckt sich auf das Konto der Rentenmarktschawwechsel, von dem 250 auf 130 Millionen zur Verfügung zu sein sind. Daran geht zur Deckung der laufenden Ausgaben ein Teil der Mittel, die im Reichsbankensystem nachgelieferten Guthaben des Reiches und der öffentlichen Körperschaften ergibt, keineswegs begründet ist.

„Musikolen und Offiziere“.

Der Vorliegende des Stahlheim, Landesverband Halle-Merzburger, hat an die Schriftleitung des „Volksblattes“, Halle (Saale), folgende Berichtigung geschickt:

Sehr geehrte Schriftleitung!

In der Nummer 150 Ihres Blattes vom 30. Juni 1924 beschriften Sie sich erneut in einem Artikel „Musikolen und Offiziere“ mit meiner Person. Um Schluß dieses Artikels glauben Sie hinsichtlich meines Verhaltens im Felde gewisse Tatsachen zu erheben auf Grund Paragraph 11 des Preßgesetzes um nachfolgende Berichtigung:

- 1. Ich habe schon vor 24 Jahren gelegentlich der ostafrikanischen Expedition im Feuer gefassten, und mir ist am 23. April 1901 bei dem Sturm auf die große Mauer bei Gismassam der rechte Arm gekochten.
- 2. Während der Belagerung habe ich vom Ende August 1914 ab zuerst das 2. Bataillon Mecklenburgischen Grenadier-Regiments 89 und im Anschluß das 1. Bataillon Reserve-Infanterie-Regiments 15 geführt. Bei den November-Kämpfen 1914 um Obern wurde ich verwundet. Wie ich mich an der Front verhalten habe, können Sie in dem offiziellen Bericht des ständigen Experimentskorps und der Geschichte der Grenadier-Regiments 89 nachlesen, oder aus den Schützengruben-Liedern des Reserve-Infanterie-Regiments 15 entnehmen. Zum Großen Hauptartillerie habe zu der Waffenstillstands-Kommission als Bevollmächtigter ich nicht gehört, sondern bin nur vom Oktober 1918 ab des Kriegsinstituts kommandiert gewesen. In dieser Eigenschaft habe ich während der Fahrt des Soldatenrats Köln, der nach Spa gekommen war, vor einigen Hunderten Offizieren erklärt, falls er oder seine Freunde sich erlauben wollten, mir einen Befehl zu erteilen, dann würde ich ihn über den Kaufen schießen.

Ich hoffe, daß Sie das Interesse für das militärische Vorgehen der Stahlheimführung im gleichen Umfang und mit dem gleichen Verständnis einbringen werden wie den Schwarzwald gegenüber zur Anwendung der Höchstzahl Duesterberg.

Die Finanznot der Gemeinden im besetzten Gebiet.

Berlin, 3. Juli. Im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete wurde die Finanznot der Gemeinden im besetzten Gebiete behandelt. Es wurde beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, gemeinsam mit den Landesregierungen mit möglichster Beschleunigung eine umfassende Situation der durch die Wirkungen des Ruhrkampfes und der Sonderbilanzbewegung finanziell zusammengebrochenen Gemeinden und Kommunalerverbände des besetzten Gebietes einzuleiten. Hierbei soll geprüft werden:

- a) ob die Mortgage tatsächlich auf die vorgenannten Ursachen zurückzuführen ist.
- b) ob die Gemeinden ihre eigene Leistungsfähigkeit namentlich in finanzieller Hinsicht weitmöglichst in Anspruch genommen haben.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so soll rasch und ausgiebig geholfen werden. Nach den übermäßigen Zinsforderungen soll möglichst einseitig werden, so als ob in dem Bereich Hilfe nicht ist, und die Landesregierungen nicht infolge sind, sofort zu helfen, soll die

Deutschland der Quarkzeit des Friedens bis zur letzten Stunde.

Von Senatspräsidenten a. D. Robert Schmalder-Kassel.
Ein angelegener, Franzose, Marcel Sembat, hat sich im Jahre 1919, bei Verhandlungen, die er seinen Landsleuten unter dem Titel: „Räuber und Beutetiere“, in Paris aus (Schaff) ein König an oder halter Frieden machte, dahin ausgelassen:

„Deutschland war immer friedliebend. Es hat eine Reihe von Gelegenheiten, Krieg zu führen, vorzugeben lassen“, und „Der weiß es denn nicht, daß Deutschland seit Jahren auf eine enge Annschierung an uns hinarbeitet, wenn wir nur bereit waren, darauf einzugehen.“

Der französische Antimilitarist Gustave Hervé, heute Herausgeber der chaumvinischen „Victoire“, hat im selben Jahr in seinem Bude: „Alsace-Lorraine“ erklärt:

„Sowen hat der deutsche Kaiser durch seine friedliebende Hilfe in der Balkanpolitik bewiesen, daß ihm nichts daran liegt, eine Regierung mit dem entbehrlichen aller Kriege zu bestücken, wenn sie einen Ehrer als Spiel zu setzen, wie es bei uns Napoleon III. getan hat.“

Ein dritter Franzose, der realistische Geschichtsschreiber Ernest Renaud, ist neuerdings, nach der „Kantere“ vom 8. Oktober 1921, zu dem Ergebnis gelangt:

„Der Krieg von 1912 war das Ergebnis der französisch-russischen Balkanpolitik. Wenn nicht schon damals Europa in den Krieg hineingezogen wurde, so ist das nur der Friedensliebe Deutschlands zu verdanken.“

Solchen privaten Versicherungen entsprechen amtliche Erklärungen der deutsche Reichsregierung. Von dem letzten besetzten Gebieten in Berlin haben ihrer Regierung berichtet Baron Greindl am 30. Mai 1923:

„Der Dreißig hat während 30 Jahren den Friedensfrieden gesichert, weil er unter der Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Wiederholung aufrieden war.“

„Es besteht kein Zweifel, der Kaiser, der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sind leidenschaftliche Anhänger des Friedens.“

Die Abhängigkeit des Reichs von Deutschland nach dem 12. Juni 1914 von neuem betont mit dem Zusatz:

Meiße Regierung die Sachlage wohlwollend prüfen und die Länder in Stand setzen, Hilfe zu leisten.

Alsdann wachte sich die Aussprache der Verordnung vom 28. Dezember 1923 betr. Veränderung des Kappationsleistungsgesetzes.

Der Deutsche Arbeiterbund zum Schiedspruch in der weisfälischen Metallindustrie.

Essen, 3. Juli. In einer außerordentlichen Versammlung nahm der Deutsche Arbeiterbund zu den Lohnforderungen der Metallarbeiter Stellung und fasste eine Entschließung, in der die vom Reichsarbeitsministerium verkündete Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs in keiner Weise für verbindlich erklärt wird. Der Reichsarbeitsminister soll es für seine Pflicht halten, sofort neue Verhandlungen anzubahnen.

Zur Frage der Stilllegung der Ruhrzechen.

Völkern, 3. Juli. In einer besonderen Eingabe haben die dem Bergarbeiterverband angehörenden Mitglieder des Reichsvereines die unmittelbare Abschaffung der schon falligenden bzw. von der Stilllegung bedrohten Ruhrzechen durch den Reichshofrat verlangt. In seiner Antwort weist der Reichshofrat darauf hin, daß unter dem Einfluß des preußischen Landtages der Handelsminister die Frage, welche Umstände die augenblicklich im südlichen Bergbau zu beobachtenden Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen bedingen und auf welche Weise die dadurch für die Allgemeinheit drohenden Nachteile verhütet werden können, eingehend mit tunlicher Beschleunigung vorzunehmende Prüfung durch die in erster Linie zuständigen Behörden (Oberbergamt und Regierungspräsident) unterziehen lasse. Bei diesen Untersuchungen werden auch Vertreter der Bergarbeiterorganisationen beteiligt sein.

Neue Verhaftung im besetzten Gebiet.

Essen, 3. Juli. Der Geschäftsführer des Albrecht-Direktors, Bonnenerberg, ist von der Besatzung verhaftet worden. Die Geschäftspapiere wurden beschlagnahmt und das Geschäft geschlossen.

Herriot im Senat.

Paris, 3. Juli. Herriot ist heute in Begleitung des Kriegsministers General von Nollet von den Senatskommissionen der Finanzen und der Auswärtigen Angelegenheiten und auf nachfolgende Weise durch die Abgeordneten der Commune ausführlich über seine Beziehungen in London mit MacDonald, seine Reise nach Brüssel und den Standpunkt der französischen Regierung gemacht. Verschiedene Mitglieder der Kommission der auswärtigen Angelegenheiten, darunter Poincaré, haben an Herriot eine Reihe Fragen gerichtet, auf die ausführliche Antworten erteilt wurden. Fragen zu bez. ermahnt von dem Kriegsminister Auffuß über die deutsche Antwort betreffend die Militärkontrolle. General Nollet hat sich daraufhin ausführlich zu der Frage geäußert.

Arbeitsbeschüsse in Frankreich.

Paris, 3. Juli. Die Kommission für die Arbeitsbeschaffung hat heute die Unterstützung über die Vorlage zum Arbeitsgesetz erklärt. Sie hat nun die Anwendung finden soll, die zu Disziplinartrofen verurteilt waren. Maßb wurde von der Kommission auf seine Bitte hin angehört. Er erklärte, daß er während seiner fünfjährigen Verbannung stets jede Amnestie abgelehnt hätte mit der Behauptung, daß er eine Erklärung von der öffentlichen Meinung gemacht hätte, falls er sich in entscheidender Weise eingekrungen: ich stelle sie über das oberste Gericht und seine Weisheit. Er verlangt daher, in den Amnestieerlass nicht einbezogen zu werden.

Stimmenergebnis für Smith und Davis.

Newport, 3. Juli. In der gefrigen Nachprüfung des demokratischen Parteikonvents erhielten beim dreifachen Wahlgang die drei Hauptkandidaten für die Präsidentschaftsandidatur folgende Stimmen: McAdoo 415, Smith 323, Davis 114.

Am 2. Dezember der letzten Meldung einen Stimmenergebnis für Smith von 26 und für Davis von 415 Stimmen. Dagegen hat McAdoo 26 Stimmen verloren. Die notwendige Stimmenzahl beträgt 732.

Ein japanisch-amerikanischer Flugzeugsturzfall.

Die von Mast der amerikanischen Besatzung wurde von Demonstranten, die eine

„Deutschland braucht diesen Krieg nicht. Es braucht nur Frieden, um in ihm seine wirtschaftlich und finanziellen Notwendigkeiten zu befriedigen und die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzumachen.“

Selbst die Kommission, die die aliierten und afloierten Mächte „für die Ermittlung der Urheber des Krieges und die aufzuwerlegenden Strafen“ eingeteilt haben, ist zur Feststellung der Friedensliebe Deutschlands gelangt. Sie behauptet nur einen Hebelzug Deutschlands vor der Weltkrieg des Friedens zu einem Vorkriegs angreifen in der letzten Zeit. In der Spitze ihres Berichts vom 29. März 1919 ist gesagt:

„Viele Monate“ — nicht etwa Jahre — „vor der Kritik vom Juli 1914 hat der deutsche Kaiser aufgehört, als Schöpfer des Friedens aufzutreten.“

Der letzte Anlauf zu dem Weltkrieg lag auf dem Balkan, also dort, wo die Friedensliebe Deutschlands, nach Gustave Hervé und Ernest Renaud, erst eben goldene Früchte getragen hatte. Er bestand in der Ausartung der großferbischen Agitation bis zum Führenkampf in Serajewo vom 28. Juni 1914, also in einer Tatsache, die Deutschland unmittelbar gar nicht betraf.

Ein Oesterreich-Ungarn war mit dieser Tatsache eine frühe Sache gewesen. Es war nicht nur mit der großferbischen Agitation, es war auch mit einer italienischen und einer rumänischen Forderung belastet, und es lief Gefahr auseinanderzufallen, wenn der Mord in Serajewo seine ausweichende Sühne fand. Oesterreich-Ungarn aber war für Deutschland der allein noch zuverlässige Bundesgenosse, nachdem sich Italien zu einer „tour de valise“ und damit für den feindlichen Konflikt in seinen Bude „eine magnie ent verli“ auf mit Frankreich hatte verlassen lassen, auf der Wiener Hofburg herrschte die größte Empfindlichkeit. Wenn nun Deutschland in seiner Friedensliebe dem Sühne beisehenden Oesterreich-Ungarn in die Zügel greifen wollte, so war für Deutschland zu befürchten, daß auch dieser Bundesgenosse sich nach neuen Freunden umtata. Ich ihm wäre die Unterstützung Deutschlands eine vollständige gewesen, und Oesterreich-Ungarn haben in der Tat — wie der Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg festgehalten hat — „die Arme der Westmächte freisollt gehalten.“

Au unmittelbar und wegen seiner Friedensliebe war durch Serajewo die Lage auch für Deutschland kritisch geworden. In dieser Lage haben sich nun die Vertreter des Deutschen Reiches nach dem Bericht des Aufsehenhahenden Baron Bahens vom 2. Juli 1914, gesagt: „Die Regierung

Bundgebung gegen Amerika veranstalten, heruntergeh Man fürchtet, daß dieser neue Zwischenfall die Brücke zwischen Amerika und Japan endlich zerbrechen wird. seiner großen parlamentarischen Rede über die Außenpolitik befehligte die Außenminister eines freundschaftlichen Zusammenhanges der Vereinigten Staaten, betonte jedoch, daß er keine Erklärung in bezug auf die Ereignisse der Saker von Washington abgegeben hätte. Während der Parlamentarisation und nachher hatten besondere Polizeieinheiten auf den Straßen Dienst, um antimilitarische Demonstrationen zu verhindern.

Die neue Beamtenbefoldungsordnung.

Von D. Schmidt (Stettin), M. D. R.

Auf Grund des gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommenen Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung am 1. Juni 1924 selbständig eine Neuregelung der Beamtengehälter vorgenommen, die in weiten Kreisen i Beamenschaft starke Erregung hervorrief. Während nun die Parteien ihren Wählern sich durch Stellung von Beamtenentwürfen in empfehlende Erinnerung bringen hatten wollen, die Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher oft genug nicht eingehalten ist. 3 Wochen später, am 18. Juni, übertrug der Reichstagspräsident die Prüfung am 1. Juni der Frage der Beamtenbeholdung mit dem noch aufgingsten zur Beschließung kommenden Motet zu verbinden, und indem sie gleichzeitig Verprechungen mit dem Finanzministerium hatten. Der Antrag der Deutschnationalen fand leider keine Unterstützung bei den Antragstellern Parteien, beziehnungsweise am 24. Juni i Reichstagsauschuß alle gestellten Anträge sofort einem Ausschuh zur scheinigen Beratung zu überweisen. Die anderen Parteien erklärten vielmehr, erst müsse die erste Lesung der Anträge am 25. Juni im Reichstagsplenar erledigt sein, ehe man in Ausschuhberatungen eintrete, ein Standpunkt, der bisher

Aus Kreis, Provinz und Ausland.

Handel und Verkehr.

Zeitschriften.

Berlin, 3. Juli. Nur ganz geringe Ausänderungen sind heute zu verzeichnen. Warschau Briefe liefen wieder ein wenig. Angebot und Nachfrage weisen auch nur geringe Modifikationen auf. Dollarkursangeben sind voller Zustimmung unverändert 79½, Gold-R-Schäge 600 Milliarden, Goldanleihe 4,2 Mill., Polentennote 77½-81½, Deutscher 5,97-5,99.

Effektenbörsen.

Als Schluss und schwächer, aber vornehmend matt läßt sich die Tendenz der getriggerten Börsen in Berlin und Leipzig bezeichnen. Anleihen, namentlich Kriegsanleihe wieder abgedrückt, letztere ging bis 2,35 zurück, erhobte sich aber bald wieder etwas. Geldmarkt kaum verändert. Tagesgeld ca. 2/800 Monatsgeld 2/800.

Effektenkurse.

(mitgeteilt von der Commers- und Privatbank Merseburg.)

Berliner Börse vom 3. Juli 1924.

1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100

Berliner Freibörse vom 3. Juli 1924.

1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100

Leipziger Börse vom 3. Juli 1924.

1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100

Halle'sche Börse vom 3. Juli 1924.

1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100

Produktenmarkt.

Berlin, 3. Juli. Das Getreide bleibt sich allmählich mehr und mehr. Die bessere Nachfrage löst auch lebhafteren Angebot herbei. Die Preise waren gut behauptet.

Schwärzer Getreidemarkt vom 3. Juli.

Antrieb: 165 Minder, (35 Schöen, 43 Bullen, 41 Kühe), 1768 Käber, 274 Schafe, 1190 Schweine, zusammen 2305, 67er-Minder von Gleichen selbst zugeführt: 9 Minder, 72 Käber, 4 Schafe, 89 Schweine. Preise für 50 Tg Lebendgewicht (in Goldmark):

1. Minder	1.11	2. 35-42	3. 24-35	4. Bullen	1.11		
5. Schaf	1.11	6. 34-40	7. 34-40	8. 22-35	9. 15-22		
10. 1. Minder	1.11	11. 2.00-55	12. 40-50	13. 30-40	14. Schafe	1.11	
15. 1. Minder	1.11	16. 20-42	17. 30-42	18. 40-47	19. 5. 40-47	20. Schafe	1.11

Geflügelmarkt: Minder und Schafe sehr langsam; Käber langsam; Schweine mittelmäßig. - Leberhund: 10 Minder (davon 1 Schafe, 9 Bullen, 2 Käber, 6 Kühe), 11 Schweine.

Berliner Metallbörse am 3. Juli.

1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100
1000 Reichsmark	100	1000 Reichsmark	100

Die Krise in der Zelluloseindustrie.

Aus der täglich-thüringischen Zellwollindustrie wird uns geschrieben: Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß uns in Folge der Kreditkrise einer Katastrophe schon bedenklich nahe gerückt sind. Die von der Staatshilfe zu Beginn des Frühjahrs ausgelieferten Wechsel werden größtenteils nicht eingelöst. Die Fabrikanten ihrerseits müssen aber gegenüber den englischen Zinnern, von denen sie Garne bezogen haben, ihren Verpflichtungen nachkommen, dazu auch die laufenden Ausgaben für Arbeiterlöhne, Instandhaltung der Werke, Steuern usw. betreffen. Die Unternehmer sind unter solchen Umständen schon in schwerer Verlegenheit geraten und müssen von Tag zu Tag an Kredit ein, eine Leasing, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Zinslast sich zusehends steigert. Viele Fabrikanten könnten heute bereits mit mathematischer Genauigkeit ausrechnen, wann ihr Betrieb zum Erliegen kommen wird, wenn sich die Zahlungs- und Kreditverhältnisse nicht sehr bald bessern, wozu aber kaum zu denken sein dürfte. Ursachengrund der Zelluloseindustrie werden von der Kundhaft in den größten Städten, wie wir erwähnt haben, schon gerodet verschleudert, nicht bündig, aber von berichtigten, die gegebenenfalls vor einem Konkurs nicht zurückzuziehen und es mit Treu und Glauben in kaufmännischen Geschäft nicht allzu ernst nehmen. Dabei erklärt man, daß die Preissteigerung noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht habe, sondern demnächst noch äppig ins Kraut schlagen werde. Es ist unabweisbar voranzuziehen, daß derartige Aussagen des Geschäftsführers sich nicht nur für die ganzen Kreditverhältnisse und was nicht minder wichtig ist, für unsere Gemeindefähigkeit auswirken müssen. Man wird sich demnach auf recht unliebbare Leberaufgaben in der täglich-thüringischen Zelluloseindustrie gefaßt machen müssen.

die Räume der Endfabrik unternehmen, der in den Revieren der Maschinenfabrik-Kompagnie, Fabrikfabrik, des Pioneer-Datillons und der Infanterie seine Fortsetzung fand. Die Beichtigung galt vor allen Dingen den wirtschaftlichen Einrichtungen der Truppenunterkunft in den einzelnen Kompanie-Revieren, der Mannschafts-Kaffeeanstalten, Säben und einzelnen Säben. Anerkannt wurde hierbei besonders die Ausgestaltung der soz. Wohlfahrtsräume durch das ehemalige Offiziersposten mit Bildern und Kesselofen. General Seekt fuhr am Freitag mittag nach Halberstadt weiter.

Vernburg, 30. Juni. (Der kommunistische Landtagsabgeordnete Weiser flüchtig.) Der gewählte Stabslandrat der Kommunisten, der Gärtner Erich Weiser aus Vernburg, ist unaufrichtig. Wegen eines gegen ihn schwebenden Strafverfahrens ist er flüchtig. Der Antrag wird sich daher in seiner ersten Sitzung mit der Kommunistenliste zu beschäftigen haben.

Leipzig, 3. Juli. (Kassio in Hauptbahnhofsviertel.) Bei der in der Nacht zum 2. Juli in den Anlagen an der Gewerbaustellung, der Promenade, vor dem Hauptbahnhof und dessen Umgebung vorgenommene Streife durch die Fahndungsbüros der Kriminalabteilung unter Führung einer Anzahl Beamten der Kantonspolizei wurden 36 männliche und 24 Frauenpersonen — zusammen 60 — in einem Lastkraftwagen mit Anhänger nach dem Volkspolizeidirektor gebracht. Die eingehenden Frauenpersonen sind alleamt der Gewerbaustellung verdächtig und verbleiben zunächst in Haft.

Hannover, 2. Juli. (Zur Verhaftung des sibirischen Mörder.) In der Veine und in der Feldmann in den letzten Tagen verhielt sich ein Mörder von menschlichen Körpern, die darauf hindeuten, daß hier schwere Verbrechen vorliegen. Diese Annahme hat sich bestätigt, einen 45 Jahre alten Sandler Samann, der auf Grund erdverdienlicher Beweise verurteilt worden an jungen Männern überführt wurde. In seinem Gewandnis nicht weniger als 60 Frauenpersonen, eine Anzahl junger Männer er löst die Zahl auf sieben — in jene Wohnung gelockt und sie in einem pathologischen Kaufhausland ermorde zu haben. Zwei junge Männer, die er umgebracht hat, bezeichnet er mit Namen, während er die Namen der anderen Opfer nicht kennen will. Die Körper der Geistes sind hier in die Veine der letzten Tagen geschickt oder auf Friedhöfen und Anlagen vergraben. Neben Samann sind noch mehrere gleichveranlagte Leute, die zu seinen Freundeskreis zählen, festgenommen worden. Nach dem bisherigen Verfallens Samanns ist anzunehmen, daß das Konto seiner Verbrechen weit größer ist, als er bisher angegeben hat. Die Freigabe in der Verhaftung Hannovers über diese entsetzlichen Untaten ist außerordentlich groß.

Remscheid, 2. Juli. (Zur Unwetterkatastrophe in Bergk.) Ueber das Unwetter im Weichenfeld wird folgende amtliche Mitteilung verbreitet: Das Unwetter der vergangenen Woche stellt sich als außerordentlich schwer, in seinen Folgen geradezu katastrophal dar. Das in einem außergewöhnlichen Maße auftretende und von starken Hagelschlägen, heftigen Stürmen und Regen begleitete Unwetter hat in einem Gebiet von 10000 Hektar gewüthet. Der Schaden, der eine Beichtigung des gefährlichen Gebietes vorgenommen hat, hat bereits bei den zuständigen Stellen, der Provinzial- und Reichsregierung, Schritte für sofortige Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Dachau, 2. Juli. (Christiania in Oslo umgestaltet.) Der langjährige und heftige Kampf zwischen den Vorkämpfern der neuen freien norwegischen Schriftsprache und den Verteidigern der derzeitigen dänisch-norwegischen Schriftsprache wegen der Umgestaltung von Christiania in Oslo ist jetzt entschieden. Das Delimit befehlig mit 51 gegen 23 Stimmen die Umgestaltung der norwegischen Hauptstadt in Oslo vorzunehmen.

Wien, 2. Juli. (Die Schwierigkeiten bei der Wiener Depositionsbank.) Die Depositionsbank nahm heute die Kündigung der Einlagen vor, die seit dem 5. Mai gemacht wurden. Mehr als 1000 Personen hatten sich eingefunden, um diese Einlagen zurückzuerlangen. Der Finanzminister verdrang eine Intervention.

Turnen, Spiel und Sport.

Vollständiger Gaukampf und Spiektag am 5. und 6. Juli 1924 in Halle a. S.

Nur noch wenige Tage trennen uns von einer turnerischen und sportlichen Veranstaltung ersten Ranges. Am kommenden Sonntag findet auf dem Gelände des F. V. Halle a. S. ein Gaukampf und Spiektag des Nordthüringischen Turn- und Sportvereins statt. Die Ausrichtung des Festes ist der Halleischen Turnerschaft übertragen. Dasselbe wird auf dem allen neuesten Anforderungen entsprechenden, neuen Turnplatz des F. V. S. abgehalten. Zahlreiche Meldungen sind zu den verschiedenen Wettbewerben und Einzelturnleistungen eingegangen, darunter von den erprobtesten Kämpfern, so daß allerhöchste Leistungen zu erwarten sind.

Am Samstag und Sonntag werden die nachstehenden vollstämmigen Turnleistungen geboten: Hochsprung, Weitsprung, Dreisprung, Stabhochsprung, Stein- und Kugelhoden, Diskuswerfen, Gewerkschaft, Speerwerfen, Schleuderball, Schlagball, 100-Meter Lauf, Hindernislauf.

Im Mittelpunkt stehen am Sonntag nachmittag 3 Uhr die allgemeinen Radfahrbewerbe, an denen sich jeder Teilnehmer beteiligen muß, da er sonst von den weiteren Kämpfen ausgeschlossen ist. Außerdem sind noch Einzelkonnurrenzen ausgeschrieben im 100-Meter-Lauf, 110-Meter-Lauf, 200-Meter-Lauf, 400-Meter-Lauf, 1000- und 5000-Meter-Lauf, wobei in allen übrigen Leistungen. Weiter werden noch verschiedene Staffeln, und zwar: 4 mal 100-Meter-Staffel, Schwedenstaffel, (400, 300, 200, 100 Meter), 3 mal 1000-Meter-Staffel und Olympische Staffel (800, 200 und 400 Meter) gefahren, die bei der vorhandenen Befähigung Hannover zu werden verdienen.

Auch die Werkschüler Turnfest sind an diesem Kampftage mit beteiligt. Der Männer-Turn-Bereich entfaltet zu den vollstämmigen Mehrkämpfern sowie zu den Einzelturnleistungen 12 feiner vollstämmiger Turner.

Ammerndorf, 3. Juli. (Hinderfisch.) Der Erste Scherbergartenverein Ammerndorf vom Jahre 1910 begeht sein Kinderfest am Sonntag, den 6. Juli. Es wird eingeleitet durch einen großen Festzug durch die Straßen Ammerndorfs. Auf dem Spielplatz in der Scherbergartenanlage auf der Friedenstrasse sind allerlei Einrichtungen und Vorbereitungen zur Unterhaltung für jung und alt geschaffen worden.

Schafstädt, 2. Juli. (Die hiesigen Gesangvereine.) Männerliederfest, Gemischter Chor und Germania waren am Sonntag zu Gast bei der Sommerweibe des Brudervereins Germania-Mühlheim. Von Massenhör wurde das Lied „Vaterland“ gesungen. Die Feste wurde durch den Bundespräsidenten Ober-Stadtmagister Dr. phil. Grüntner-Grafte geweiht. Ein Festzug durch die Stadt, welche im Blumenfestschmuck prangte, beendete die Feste.

Schafstädt, 3. Juli. (Unser diesjähriges Kinderfest.) Das festlich von feinen der Bürger immer einer recht regen Beteiligung erfreuen durfte, findet am Freitag, den 18. Juli statt. Die üblichen Spenden werden bereits von jetzt ab im Rathaus entgegengenommen.

Schafstädt, 3. Juli. (Das diesjährige Schützenfest.) Das am Dienstag nachmittag mit dem Schützen nach der Königsheide seinen offiziellen Abschluß. Den Königsheidehof hat Herr Küchmeister Albert Müller als der zum diesjährigen Schützenfest ausgesprochen wurde, den zweitbesten Schuß gab Herr Kädemeyer Otto Zimmer ab, der damit die Kronprinzenerwürde errang.

Vörsen, 2. Juli. (Nationalpolitisches Kolleg.) Im hiesigen Gasthof kamen von hier und aus der Umgebung zehn bis zwölf führende Persönlichkeiten der Landvolkswirtschaft zusammen und gründeten eine Ortsgruppe Nippach und Umgebung der Vereinigung für nationale Politik. Es wurde beschlossen, die Mitglieder bei der Vereinigung für nationale Politik, Berlin, zur Anmeldung zu bringen. Die Vereinigung, die nur einen kleinen Kreis in nationaler Mission tätiger Persönlichkeiten umfasst, gilt als Träger und Stütze des fernesterg gegründeten Nationalpolitischen Kollegiums Nippach und Umgebung, das am Mittwoch, den 9. Juli feinen 3. vaterländischen Abend veranstaltet.

Zandau, 1. Juli. (Das Großfeuer in Pfläitz.) In der Nacht zum Montag gegen 12 Uhr brach, wie schon früher gemeldet, im benachbarten Pfläitz im Stallgebäude des Hofbesizers ein Feuer aus, das bisher nicht bekannter Ursache. Das Feuer aus, das sich bei den Wohnhaus anbreitete. Vom Wohnhaus sprang das Feuer auf das benachbarte Sattlergebäude über, in denen sich die Schrotmühle und die Weilmühle befanden. Wie diese beiden Gebäude wurde auch eine mit Heu gefüllte Scheune und eine Windmühle ein Raub der Flammen.

Zandau, 2. Juli. (Beim Spielen ertrunken.) Am Donnerstagabend wurde der achtjährige Paul Rauche mit anderen Knaben am Mühlenteich in die Tiefe gestürzt. Seine Eltern, die sich in der Nähe befanden, konnten nicht rechtzeitig zur Hilfe kommen. Der Junge wurde am Freitag in der Nähe befindlichen Bagger hingeh gefunden.

Zandau, 1. Juli. (Schwarz-weiß-rote Fahnentage.) In der Gendarmerei entfaltete am Freitag die hiesige Freiwillige Feuerwehrverbandstag waren mehrere Fahnen mit schwarz-weiß-roten Fahnentage geschmückt worden. Diese wurden auf Anordnung der Untermannschaft durch den Gendarmenoberleutnant entrollt. Die deutsche nationale Fraction ist an die Regierung die Frage gerichtet worden, ob und mit welcher Begründung sie diese Verfahren billigt.

Zandau, 2. Juli. (Der Rudard an der südlichen Dampfhalbe.) Der Oberbürgermeister teilte im Stadtrat mit, daß die Stadt Zandau seit in einem Falle zur Zahlung von 20000 Goldmark an eine auswärtige Firma verpflichtet worden ist, und zwar auf Grund eines Beschlusses den der sozialistische Beordnete Lindebaum im Rat des Wirtschaftsausschusses ausgesprochen hatte. Im ganzen hatte der Beordnete 12 Besehl über je 20000 Goldmark ausgesprochen. Da die Stadtstafie die Summe von 20000 Goldmark nicht zu zahlen imstande war, ist nach Mitteilung des Oberbürgermeisters die südliche Dampfhalbe gepfändet worden.

Zandau, 30. Juni. (Am Streit erschossen.) Am Streit zwischen zwei auf einem Schussfeld der achtjährige Quartiermeister eines Militärkaders. Die Streitigkeit so schnell, daß ihn niemand daran hindern konnte.

Zandau, 30. Juni. (Raub und Sittlichkeitsverbrechen.) Zwei am bisher noch nicht ermittelten Tätern wurde an einer auf dem Johannisplatz wohnenden Frau in bestialischer Weise ein Sittlichkeitsverbrechen verübt, und zwar bei einer bei der verlängerten Seidlichstraße lebenden Frau. Die Frau, die sich auf dem Wege zu ihrer Wohnung befand, wurde durch einen der Täter von hinten gebissen und unter Mißhandlungen gewaltsam zur Scheune geschleppt. Dort erhielt sie einen Schlag auf den Kopf, worauf sie bewußtlos wurde, worauf sich beide Täter an der Frau vergingen und sie unter Drohungen zur Herausgabe ihrer Brieftasche, bestehend aus einem fünfmarkigen Briefbogen. Nachdem die Tasche auch noch die Handtasche der Frau vergeblich nach Verfassungen durchsucht hatten, wurde sie freigelassen.

Zandau, 30. Juni. (Technische Hochschule und Schul.) Das Thüringer Volkshochschulministerium gibt bekannt, daß die Verwendung der früheren Regierung über die Technische Hochschule außer Kraft gesetzt worden ist. Die Technische Hochschule als Schicksal der lebensnotwendigen Vorkurse komme allen Bevölkerungsschichten zu gute und werde die allgemeine Unterweisung. Die Vorkurse für diese Einrichtung an den realistischen Fachschulen, den Berufsschulen und den höheren Lehranstalten, insbesondere die Abhaltung von Vorkursen und die Beteiligung von Berufsschülern soll deshalb in Thüringen unter der Bedingung gefasst sein, daß eine Mitwirkung der Schulbehörden bei der Abhaltung des Vorkurses und daß die bilinge freie Einschließung der Schüler gewahrt bleibt und keinerlei Druck auf sie ausgeübt wird.

Magdeburg, 30. Juni. (Der Chef der Seeres- leitung, General Seekt) traf am Donnerstag hier ein und bestiftigte am Freitag vormittag die Untermannschaft der hiesigen Garnison. Es wurde ein Auszug durch

Benützen Sie den gewaltigen Preisabbau Gedn in unserem Saison-Ausverkauf!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240704-15/fragment/page=0007

Kunst und Wissenschaft

Ein badißes Wandertheater. Direktor Kurt Kupli vom badißigen Volkskulturtheater hat ein Kammer- und Lustspieltheater gegründet, das in den kleineren Städten Badißens Vorstellungen geben will. Dieses Zweigunternehmen des badißigen Volkskulturtheaters steht unter der Leitung von Direktor Robert Braun (früher am Stadttheater in Straßburg). Die Wanderbühne will vornehmlich moderne Literatur, alte Mythenstücke und klassische Stücke spielen. Dem Theater ist ein kleines Quartiertheater angegliedert. Pietro Mascagni als Dirigent in Wien. In der zweiten Hälfte des Juli finden auf der hohen Warte in Wien Festspiele statt, bei denen die Oper „Mida“ mit 1000 Mitwirkenden zur Aufführung gelangt. Der Dirigent dieser Aufführung ist der berühmte italienische Komponist Pietro Mascagni.

Anton Dorn †.

In der Nacht zum Dienstag starb in Chemnitz wenige Tage nach Vollendung des 78. Lebensjahres Hofrat Professor Dr. Anton Dorn.

Anton Dorn, dessen Name in weitesten Kreisen, auch des Auslandes, durch sein Klosterstückspiel „Die Brüder von St. Bernhard“ bekannt geworden ist, war einer der vielseitigsten und fruchtbarsten deutschen Schriftsteller der letzten 50 Jahre.

Seinen Schriftstellerruf begründete sein 1875 erschienener erster Roman „Der Klosterzögling“, in dem er seine Klosterjahre als ehemaliger Braconierknaben in Mönchs- und Nonnenhäusern schildert. Dann folgten Jugendromane, Erzählungen, Romane, Novellen in bunter Reihe, bis in seine letzten Lebens-

tage. Auch die Bühne verdankt ihm außer den Brüder von St. Bernhard noch zahlreiche andere Werke, die über viele deutsche Bühnen gegangen sind, so das Schauspiel „Der Abt von St. Bernhard“ (eine Fortsetzung der Brüder von St. Bernhard), das Lustspiel „Unlösbar“, die Lustspiele „Der Walschner Schmeiß“, „Hilf mir über dir“ und andere mehr.

Biel geehrt wurde Dorn von den Deutschböhmen, für die er übergeht klar und mutig eingetreten ist, als Vorkämpfer für das Deutschtum.

Professor Willstätter nach Berlin berufen. Wie wir erfahren, hat die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin dem Münchener Chemie-Professor Dr. Richard Willstätter eine neue zu errichtende, nach seinen Wünschen ausgestaltete Forschungsstelle angeboten. Damit würde der berühmte Gelehrte an die Forschungsstätte, an der er zum Nutzen der Wissenschaft und wohl auch zu seiner eigenen Befriedigung eine Reihe von Jahren gewirkt hat, zurückkehren. — Das wissenschaftliche Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin-Dahlem, Privatdozent Dr. Otto Dahn, ist zum zweiten Direktor des genannten Instituts ernannt worden: eine Berufung als ord. Professor der physikalischen Chemie an die Technische Hochschule in Hannover hat er abgelehnt.

Reform der Theaterkonzessionen. Dem preußischen Landtag haben im Namen der demokratischen Fraktion die Abgeordneten Rütke und Gottschalk eine Anfrage unterbreitet, die sich mit den Berliner Theaterkonzessionen befaßt. Darin heißt es: Es hat sich die beklagenswerte Umstände eingebürgert, daß von kapitalträchtigen Konzernen während der

Inflationszeit zahlreiche Theater aufgekauft oder aufgekauft und zu hohen Preisen an Dritte weitergegeben werden, so daß an dieser geradezu unersichtlichen Ueberzahl der wirtschaftliche Betrieb dieser Theater aufammenbrechen muß. Dadurch werden nicht nur zahlreiche Konzessionen verdrängt, sondern auch der künstlerische Betrieb wird an rein kaufmännisch interessierte Unternehmer ausgeliefert und zum Schaden künstlerisch ausgeübter Mittelstandsbesitzer billigen Konzessionen und zum Teil auch niedrigen Zinsen dienlich gemacht. Dieser Kettenhandel mit Theatern, die der Volkserziehung und -erziehung dienen sollen, zwingt natürlich die Unterpächter, so hohe Eintrittspreise zu fordern, daß der Theaterbesuch bei den schwereren wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen wir leben, zur Unmöglichkeit wird. Diese beklagenswerten Umstände beruhen auf einer, für die jetzigen Verhältnisse völlig unzureichenden Verordnung über die Konzessionserteilung, deren Umgestaltung im öffentlichen Interesse notwendig ist. Diese Neuordnung der Konzessionsverordnungen müßte in erster Reihe dafür Sorge tragen, daß die Verrentung der Theater hintangehalten wird und daß der Konzessionsträger auch tatsächlich die moralische materielle und künstlerische Verantwortung hat und nicht irgend einen Strohmann vorschieben kann.

Certan vernichtet **Wanzen** über Ungeziefer der Haustiere.
Erschill. i. Apotheken, Drogerien usw.

Unser Saison Ausverkauf beginnt am Freitag, den 4. Juli

Eine glatte Unmöglichkeit

ist es, die Preise für Bekleidungsgegenstände zum Herbst so niedrig zu halten, wie sie es jetzt sind. Nur die katastrophale Geldknappheit zwingt sowohl Fabrikanten, wie auch uns heute dazu, zu Verlustpreisen zu verkaufen, die niedriger sind, wie die Herstellungspreise.

Deshalb kaufen Sie jetzt!

kwk - Herren - Kleidung	Sommer - Kleidung	kwk - Herren - Wäsche	Knaben - Washkleidung	Knaben - Stoffkleidung
Herren-Sacco-Anzug moderne Farben und Streifen, neueste Formen 34	Herren-Waschjoppen besonders preiswert 4 ⁹⁵	Oberhemden Zephir, breit und schmal gestreift 4 ⁹⁵	Spiel-Anzug blauweiß gestreift 1 ⁹⁵	Kittel-Anzug aus haltbaren Stoffen 9 ⁸⁰
Herren-Sacco-Anzug in moderner Farbe und Ausführung 44	Herren-Breecheshosen Homespune, in vielen Dessins 5 ⁹⁰	Oberhemden Perkal, mit zwei Kragen, mod. Streifen 5 ⁹⁵	Schlupfblusen-Anzug hell- und dunkelgestreift 5,70	Schul-Anzug dauerhaft 5 ⁹⁰
Herren-Sport-Anzug grün Loden, Breecheshose, dopp. Gesäß 33	Herren-Hosen sehr haltbar 4 ⁹⁰	Nachthemden in stark und feinfad. Hemdentuch, g.r. wasch-einsatz Besätze 6 ⁹⁵	Kieler-Anzug Cadettst., m. abknöpfb. Mar.-Garnit., Armstich. 13,70 11,70	Schlupfblusen-Anzug aus guten farbigen Stoffen mit Ueberkragen 7 ⁹⁰
Jünglings-Anzug sehr kräftige Qualität 21	Herren-Hosen zum Cutaway passend, in schönen Streifen 9 ⁷⁵	Einsatzhemden mit prima Zephir, Rips-einsatz 2 ²⁵	Schlupf-Bluse blauweiß gestreift 2 ⁶⁵	Sport-Anzug mit Gürtel und Falten, weißer Ueberkragen 10 ⁹⁰
Herren-Ulster aus Homespune, mod. Form, weit. Knopfstell., m. Rückengart und Falten 39	Herren-Windjacken imprägniert 9 ⁷⁵	Herrensocken doppelte Sohle und Ferse 65 ³	Cadett, m. Mar.-Ueberkr. 6,90	Leibchen-Hose in Stoff u. gestr. Pilot 3,50
Herren-Gummi-Mantel rote wkw - Spezialgummierung, Schöpferform 16 ⁹⁰	Sport-Strickwesten reine Wolle, in allen Farbstellungen 6 ⁹⁰	Herren-Schlafanzüge Perkal in viel. verschied. Streifen 12 ⁵⁰	Original Kieler Bluse Cadett, mit Marineüberkragen 9,90 7,90	Knief-Hose Stoff und Pilot 4,50
Herren-Bozen-Mäntel imprägnierter Strichloden 26				

Herren - Artikel

Hosenträger in Gurt und Gummi 1,10 0,95	Ledergürtel in verschiedenen Farben 95 ³	Herren-Stroh Hüte breiter Rand 2 ⁹⁵
Selbstbinder Leute moderne Streifen 1,25 0,95	Herrenhüte in vielen Farben mit Einfluss 3 ⁹⁰	Herren-Sportmützen schwarzweiß kariert 95 ³

Damen - Strümpfe

Damen-Strümpfe feinmaschig, schwarz 95 ³	Damen-Strümpfe Mako, feinfad., Doppelsohle und Hochriese, schwarz und farbig 1 ²⁵
Damen-Strümpfe solche Qualität, dopp. Sohle, Hochriese, schwarz und farbig 1	Damen-Strümpfe prima Seidenf., Doppelsohle und Hochriese 1 ⁵⁵

Gelegenheitskäufe in Herren-Stoffen: Helle Fischgratmuster u. dkl. Melange, za. 145 cm breit . M. 1,35
 Farb. Donegals in lebhaften Mustern, za. 145 cm breit . M. 2,25
 Farb. Donegals in feinfädigem Gewebe, za. 145 cm breit . M. 2,95
 Farb. Cheviot-Melangen, za. 145 cm breit M. 1,95
 Blau und schwarz Cheviot etc., za. 145 cm breit . . M. 4,95
 und viele andere schöne Stoffe.

Bei 1/3 Anzahlung

werden alle gekauften Gegenstände 6 Wochen reserviert gehalten, damit es jedermann möglich ist, von dieser außergewöhnlich günstigen Einkaufsgelegenheit Gebrauch zu machen.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

S. Weiss

Merseburg

Damen - Schlupfhosen 95³
in schönen Farben